

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,80 Mk.; durch den Posten frei ins Haus 1,90 Mk.; durch die Post 2,25 Mk. einschl. Postgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
— Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Bakteriellen — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile ober bezogen Raum 20 Pf., im Restemittel 30 Pf., Chiffrenanzeigen und Randanzeigen 20 Pf. mehr. Platzgebühr ohne Verbindlichkeit. Beginn der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.
— Geschäftsstelle: Delstraße 9. —

Nr. 237

Mittwoch den 10. Oktober 1917

44. Jahrg.

Der Reichskanzler im Hauptauschuß.

Aufklärung.

Es gibt gewiß Leute, die es schon finden werden, daß wir in die Gefahr einer schweren politischen Krise gekommen sind, weil das deutsche Volk vor einer Aufklärung geschützt werden soll, von der die sie Betreffenden behaupten, daß sie notwendig sei, wenn Deutschland nicht untergehen solle. Für gewöhnlich stehen die Aufklärer doch im Kurs, und es muß schon gute Gründe haben, wenn ein modernes Parlament sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche Aufklärung und zugleich gegen die Regierung, die im Verdacht steht, dieser Aufklärung Vorspann zu leisten, wendet. Man begreift aber das Vorgehen der Reichstagsmehrheit sofort, wenn man sich erinnert, daß das Verlangen nach Aufklärung zuerst von Mätern wie die „Deutsche Tageszeitung“ propagiert worden ist, und daß solche Aufklärung sogar als die Voraussetzung einer neu auszuschreibenden Reichstagswahl, durch die die jetzige Mehrheit beseitigt werden sollte, gezeichnet worden ist. Es war eben von vornherein klar, daß der schöne und edle Begriff der Aufklärung für eine ganz bestimmte Agitation, nämlich für die Agitation der Mütterchen und ihres Anhangs gegen die Reichstagsmehrheit und damit zugleich gegen die Reichsregierung, zu sich zu einem Reichstagsmehrheit bekannt hat, gemißbraucht wurde. Das Parlament hätte Selbstmord begangen, wenn es nicht rechtzeitig diesen Untrieben einen gehörigen Niegel vorgeschoben hätte. Daß es dabei zu einer Krise innerhalb der Regierung gekommen ist, über wenigstens beinahe gekommen ist, unterstreicht zum mindesten ein wenig den Verdacht, daß innerlich die eine oder die andere Stelle innerhalb der Reichsregierung oder der übrigen Führungen, nämlich für die Reichstagsmehrheit verächtlichen und untergeordneten Agitation nicht ganz unzufrieden war. Der Konflikt ist eben auch diesmal auf die innere Unklarheit unserer gesamten politischen Lage und auf den Mangel an Entschlossenheit, sich rückhaltlos zum Willen der Mehrheit zu bekennen, zurückzuführen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieser Zustand der chronischen Verwirrung nicht eher behoben sein wird, ehe nicht alle an der Leitung des Reichs beteiligten Stellen sich entschließen, nur noch eine Politik zu machen, es aber grundsätzlich vermeiden, bald hier auszusprechen, bald dort Ansichten zu eröffnen. Alle Parteien sind sich darin einig, daß nur ein wirklich geklärt und gefestigter Wille das Reich festhält aus diesem Kriege hervorzuführen vermag, daß es aber geradezu eine Gefährdung aller unserer Erfolge bedeuten würde, wenn der heutige Zustand des Hin- und Herbewegens andauert. Da es nun einigermaßen unmöglich sein dürfte, nur mit der Minderheit des Reichstags Politik zu machen und da diese Parlamentsarbeit auch durch noch so große Worte der sogenannten Vaterlandspartei keine Vergrößerung der politischen Basis sicherstellen vermag, so kann eben nur eine Politik der Mehrheit getrieben werden. Hoffentlich ist der feste Entschluß, dies zu tun, das Ergebnis der jetzigen Unstimmigkeiten. Kommt es dazu, dann werden wir trotz alledem jener falsch inszenierten, abgemessenen und erlebigen Hindonauklärung dankbar sein müssen. Es ist besser, daß eine Handvoll Fanatiker und Geisteslosen nur von der Seite blüht, als daß das ganze Volk dauernd in unfruchtbare Aufregung getrieben wird.

Der Weltkrieg.

Zur Friedensfrage.

„Secolo“ weiß aus Rom zu berichten, daß in der Consulta am Donnerstag ein offizieller Vermittlungsantrag des Papstes eingegangen sei. Die „Secolo“-Redaktion bedarf trotz ihrer positiven Form der Bestätigung.

Zwei neue Feinde

sind uns erkunden. Wie uns eine Privattelegramm meldet, berichtet die „Agence Havas“ aus Montevideo vom

7. Oktober: Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.

Gleichzeitig meldet das französische Depeschenbureau aus Lima vom gleichen Tage: Der Kongreß von Peru beschloß mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der diesigen peruanischen Gesandtschaft, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um seine Ablösung gebeten.

Die Kämpfe an der Westfront.

Feuertemp in Flandern.

Der deutsche Abendbericht besagt: Im Westen nur an der flandrischen Front Feuerkampf wechselnder Stärke.

Von anderer Seite wird gemeldet: Mit allen Mitteln und unter blutigem Einsatz neuer Truppen versuchen die Engländer, sich auf der Höhenlinie Zonnebete-Beelcraete zu besetzen und ihren Geländegewinn zu erweitern. In der vergangenen Nacht gelang es englischer Infanterie, bei Zonnebete in unsere Stellung einzubringen. Im Westemp wurde der Feind noch in der Nacht wieder hinausgedrängt. Gewaltsame Erdstöße, welche die Engländer zwischen Poelcapelle und Langemarck unternahmen, wurden abgeschlagen. Der Feind besetzte einige Stellungen am Gouthoussier Walde und bei Mangelarebae dauernd mit schwerem Feuer. Dieses steigerte sich von 3 bis 4 Uhr zwischen Langemarck und Obelweert zu starkem Trommelfeuer. Die tief gestaffelte englische Infanterie, die um 5 Uhr bei Langemarck zum Angriff vorging, erreichte ihr Angriffsziel nicht. Sie erlitt in dem rechtzeitig überlaufenden zusammengesetzten deutschen Abwehrfeuer. Ein harter Angriff bei Poelcapelle wurde abgewiesen. Vorberitendes starkes Feuer liegt weiter auf den Abschnitten Zonnebete-Beelcraete-Gelweert, wo auch Infanteriekämpfe im Gange sind. Bisher hat der Feind einen Fortschritt nirgends erzielen können.

Im englischen Heeresbericht heißt es: Das Wetter war stürmisch, schwerer Regen fiel den ganzen Tag über. Der Feind versuchte mehrfach von Keibel im Anblich heute früh vorzudringen, der Angriff wurde jedoch durch unser Artillerie, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gestoppt. Bei Einbruch der Dunkelheit heute abend legte der Feind schweres Artilleriegeschütz auf den größeren Teil unserer Front zwischen Broodseinde und Hollebeke, doch folgte keine Infanterieunternehmung. Die Artillerietätigkeit war heute an der Rampfront auf beiden Seiten beträchtlich.

Innere Deute vom Juli bis September.

Die deutsche Heeresleitung gibt die gewaltige Zahl der an der Westfront gemachten Gefangenen und der eingebrachten Deute für die Monate Juli bis September bekannt, aus denen klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz der Defensivität an dieser Front sehr große Erfolge erzielt hat. In der genannten Zeit wurden von den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 237 Offiziere und 13 512 Mann als Gefangene eingebracht; 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der Krieg mit Italien.

Vor neuen Itongo-Kämpfen?

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht meldet: Am Itongo lebte an zahlreichen Stellen das Artilleriefeuer härter auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Bainsizza Hellgangeiß. Zu Infanteriekämpfen kam es nur im Gabeler-Abchnitt, wo um Mitternacht italienische Vorposten abgewiesen wurden. Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Vom Seekriege.

Das deutsche Unterseeboot „U. B. 49“ das am 9. September im Hafen von Cadix mit Spanier eingehakt war, ist nach einer heftigen Kollision aus Madrid, in der vergangenen Nacht entkommen. Der Ministerpräsident hat alle hohen Marine- und Marineoffiziere, die hierfür verantwortlich sind, entlassen.

Die Wirkung unserer U-Boote.

Nach der englischen Zeitung „Scotsman“ erreichte der Schiffahrtsverkehr im Suezkanal im ersten Halbjahr 1917 die Höhe von 4 275 000 Tonnen. Wenn wir diese Tonnage mit derjenigen des ersten Halbjahres 1914 vergleichen, die sich auf 10 345 676 Tonnen belief, so haben wir einen deutlichen Beweis für die einschneidende Wirkung unseres U-Boottrieges.

Der türkische Krieg

Wieder englischer Siegeshochzeit?

Aus Konstantinopel wird gemeldet: In ihrem Bericht vom 1. Oktober geben die Engländer an, einen Sieg bei Ramadieh am Euphrat errungen zu haben. Wenn die Angabe auf Wahrheit beruht, dürfte der Feind nicht ohne Truppen vom Euphrat nach Bagdad zurückziehen, er müßte vielmehr vorrücken. In Wirklichkeit stehen die Engländer ihre Hauptmacht in Richtung Bagdad zurück.

Die Lage in Rußland.

Finnland zur Republik erklärt.

Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit: Folgende Gesandtschaften sind veröffentlicht worden: 1. Ein Entwurf, der Finnland zur Republik erklärt. 2. Ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Senat unterzogen werden. Der zweite Entwurf wird über die Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung Rußlands unterworfen werden. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Die allgemeine Dienstpflicht wird im ganzen Lande eingeführt. Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eigene Verfassung, eigene Regierung und unabhängige, gesetzgebende und vollziehende Gewalt.

Parlamentarisches.

Die Verhandlungen im Hauptauschuß

Der Hauptauschuß des Reichstages trat Montag nachmittag zusammen. Der Reichskanzler, der am Samstagabend nach dem Großen Hauptquartier gereist und inzwischen zurückgekehrt war, nahm logisch das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Klage darüber erhoben worden, daß von Seiten der Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben sei. Ich möchte über die Stellung der mit nachgeordneten Reichsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken, wobei ich hinzufügen, daß für die pöpseligen Beamten dieselben Grundätze gelten.

Für alle Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgen. Was nach außen hin in die Öffentlichkeit tretende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mitglied der demokratischen Partei, das sich in die Politik einmischt, muß sich der Verantwortung stellen, daß er die Interessen der Partei zu vertreten vermag, und ich wünsche nicht, daß von Seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Diese Grundätze gelten für alle politischen Parteien und Organisationen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundätzen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechende eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundätze zu überwachen.

Auch im Heere ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Zeitungen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden muß, ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren, ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen befreundet, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzutreten und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung endlich das Beste zum Wohle des Vaterlandes. Dieses gegenseitliche Zutreten zum besten Willen ist in dem Kampf der Meinungen namentlich auch in den letzten Wochen in bedauerlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gefunden, die ich aus tiefster Bewunderung. Jeder im deutschen Volk hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und an warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er daran gegeben hat, den hervorzuheben Ehrenerwähner heruntersuchen muß mit einem mutigen „Demoni!“ Aus solchen operierbaren Männern legen sich auch die Gegner zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen.

Möchten doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich das vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Betonung der Gegensätze in den Wegen und in den Mitteln das Entscheidende ist, sondern das Einheitsliche und Gemeinliche in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben, wenn uns nicht vor Augen steht, daß wir alle an dem gleichen Stränge ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenhänge, wie sie jetzt im Gange sind, aus unserem politischen Lager ausscheiden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am dringendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht.

Abg. Ledebour (H. Soc.): Ich über die Aufklärungen erlaube ich die Regierung soll sich über die vorgelegenen Beschwerden aussprechen. Die allgemeinen Grundzüge der Unparteilichkeit sind nichts Neues. Die Ermahnungen, die Parteikämpfe zu dämpfen, sind gut gemeint, aber diese Parteikämpfe lassen sich nicht dadurch beseitigen.

Abg. Geyer (Soz.) befragt, daß die Reichstagsminister nicht zu den Bestimmungen Stellung genommen habe, zumal schon vor 14 Tagen dem Reichstagsrat Beweismaterial unterbreitet worden ist und er damals Prüfung zugelegt hat.

Abg. Gotthein (Sp.): Der Beweis für die Agitation gegen den Reichstag unter der Bezeichnung und im Heere ist durch ausreichendes Material erbracht. Die vom Reichstagsrat vorgelegenen Grundzüge sind richtig. Ein Bismarckischer Erlaß hat die politischen Beamten verpflichtet wollen, die Politik der Regierung zu vertreten. Jetzt richtet sich die Agitation nicht nur gegen den Reichstag, sondern auch gegen die Politik der Regierung. Der Redner stellt die Agitation den letzten Erklärungen des Herrn von Stein und Dr. Helfferich gegenüber und sagt: Die Ermahnungen des Reichstagsrats nützen nichts. Die Einheitslichkeit der Regierung muß öffentlich dokumentiert werden. Woher soll sonst das Vertrauen zur Reichsleitung kommen? Wir müssen Klarheit schaffen, daß es keine Politik im Heere gibt.

Abg. Dr. Strzeemann (Nl.): Gerade diejenigen, denen jeder Konfliktgedanke fernlag, waren enttäuscht über Form und Art der Regierungserklärungen vom Sonnabend, mehr als vom Inhalt. Was man zur Friedensresolution des Reichstags haben wie man will, das Heer muß freigehalten werden von jeder Politik im Heere.

Abg. Dandberg (Soz.) befragt, in wie weit nicht erkläre, sondern die Politik ins Heer hineingetragen worden. Man sollte sich prüfen, ob man auf dem richtigen Wege ist. Normalerweise muß diese Aufklärungsarbeit ins Politische hineinfließen, z. B. bei der Erörterung der Friedensziele. Man nimmt Schlachtmorte (kalter Friede) sind das alldeutschen Jargons aus, die nur im Sinne geistlicher politischer Aufstellungen abgehandelt werden können. Richtig ist, daß unsere Soldaten kämpfen müssen, solange es nötig ist, aber man mag bedenken, daß im Heere Männer mit festen politischen Anschauungen stehen und zum Teil mehr von den Dingen verstehen als die aufstrebenden Offiziere. Die Politik kann kein Vorgesetzterverhältnis. Soll wieder Politik im Heere sein, so soll man nicht die Aufklärung allein heranziehen, sondern alle Parteien ohne Unterschied. Für die Verteidigung stehen alle zusammen. Das Vaterland zur Parteiparole zu machen, ist unerhört. Der Reichstag muß Garantien erhalten, daß seine Unterstützung der Vaterlandspartei aus öffentlichen Mitteln jeder Art erfolgt.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Die Politisierung des Heeres mündet nicht. Über die Fragen der auswärtigen Politik müssen die Feldherren aufgeklärt werden. Die Leitfäden sind nach Form und Inhalt ausgezeichnet, die Einwendungen dagegen schlechterdings nicht zu verlieren.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir sind einer Aufklärung über die Zusammensetzung des Heeres, die icheren Schäden im Ausland gründlich werden. Die Regimentsvertröter traten nicht glücklich an, die Redner aus dem Reichstag waren ruhig und sachlich und boten eine Basis zur Eingetieft. Heute ist die Debatte wesentlich sachlicher und morgen wird der Rest von Zustimmung bezeugt sein. Das ist die Rechtfertigung für die letzte Ausschlußdebatte. Die Grundzüge des Reichstagsrats über die politische Betätigung der Beamten sind richtig, müssen aber klar und einseitig lauten. Da für die Aufklärung öffentliche Mittel benutzt werden können, wird die Verantwortung der Reichsleitung dafür verlangen. Gegen die Aufklärung im Heere an sich haben wir nichts, auch die Leitfäden sind zu klären, aber zur Kontrolle muß uns alles Material vorgelegt werden, das hinausgeht, und dann muß in den Leitfäden jede Folie mit gegen unsere Antwort auf die Besondere ausdrücklich verboten werden. Das ist die erste Garantie, daß Unstimmigkeiten dem Heere ferngehalten werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich wandert sich über die Beurteilung eines Auftrags vom Sonnabend. Seine Rede sei tatsächlich zu Ende gewesen. Er habe es nur angelehnt, nach dem Zurufen, die letzten Staatsdiener die Vertrauenswürdigkeit abspinnen, sich und die anderen Männer an der Spitze der Reichs- und Heeresverwaltung zu verteidigen. Er gab zu, sehr erregt gewesen zu sein und äußerte u. a.: Sie werden mich das glauben, daß mir das Herz im Hals gezittert hat, ich gegen den Reichsminister der die Sommerfeste genommen hat, den Zorn hörte, er knies.

Abg. Dandberg (Soz.): Nachdem die Reichstagsresolution von der Reichsleitung akzeptiert ist, darf nicht in der bisherigen Weise gegen sie agitiert werden.

Abg. Dandberg (Soz.): Der Kriegsminister sprach am Sonnabend mit unzureichender Begründung von dem vorgelegenen Material, und auch die Eingangsworte des Staatssekretärs erweckten den Eindruck der Frosolation. Im Heere wird systematisch gegen die Politik des Reichstags und der Reichsleitung agitiert.

Darauf nahm der Reichstagsrat abermals das Wort. Er teilte zur Ergänzung der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Helfferich in der Versammlung vom Sonnabend mit, daß die Reichsleitungsstellen von den ihnen nachgeordneten Stellen Berichte über eine etwaige Beeinflussung Untergebener durch die Vorgesetzten im Interesse der Vaterlandspartei eingefordert haben. Das Material, das bisher vorliegt, sei äußerst spärlich. Es beschränkte sich auf fünf Einzelfälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Heerespolizeiuntersuchung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen Fällen das Nötige verlangt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellung zur Ausübung eines politischen Druckes auf Untergebene unzulässig sei und, wenn er vorkomme, nicht geübt werden würde. Der

Deutschland muß leben!

Unser Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner müde werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„Durch!“
Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Kaiser geht dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung gegenüber dem vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis kamen, durchaus befriedigten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresleitung sich in diesen Leitfäden unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen großzügigen Plan der Aufklärung aufzustellen. Die Aufklärung selbst sei nötig, besonders bei dem abflühenden des Schiffsgrabenkrieges, sie müsse zeitig ansetzen, die Stimmung haben, die Leute wieder zur Fröhlichkeit und zum Lachen bringen. Dabei müße aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens der unterständlichen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge gefördert und vertieft werden. Daß die Deutsche Heeresleitung die Politik und den politischen Streit vom Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Leitfäden ausdrücklich hervorgehoben. Dr. Michaelis betont zum Schluß nochmals, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbeschränkter Objektivität gegenüberzutreten und allen volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Kriegsminister von Stein: Ich bin immer offen, vielleicht zuviel, aber nie hinterhältig. Andere Leitfäden als die vorgelegenen bestehen nicht. Die Erörterung der Kriegsziele bei der Aufklärung ist und bleibt ausgeschlossen.

Der Reichstagsrat Dr. Michaelis gab schließlich folgende Erklärung ab:

Daß im Heere keine politische Agitation, auch nicht durch die Aufklärung getrieben werden soll, das habe ich im Verein mit dem Kriegsminister ausgesprochen. Daß Versammlungen nicht verboten

werden sollen aus dem Grunde, weil sie sich mit der Begründung und Vorrichtung der Reichstagsresolution befähigen, das habe ich treffen wollen durch die Worte: Ich werde allen Richtungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberzutreten. Was die heimatliche Aufklärung betrifft, auf die nur mit einem Male verjährt werden soll, so bin ich nicht in der Lage, hierüber heute eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die dem mit der militärischen Gewalt einseitig, daß ich mich selbstverständlich darüber, wie ich eine herzustellung in Verbindung setzen muß. Aber die Zusammenfassung wird ja noch an anderer Stelle gesprochen, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiete der Zeugnis abgeben werden müssen, erledigt werden kann.

Nach Ablehnung einer Resolution Lebehaus werden Nachttraget und Befehlsgesetz unverändert wie in der zweiten Sitzung angenommen.

△ Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. Oktober.) Der Reichstag hat sich am Montag nach kaum einstündiger Sitzung auf Dienstag vertagt, um seinem Hauptausgang am Nachmittag Gelegenheit zu geben, in Anwesenheit des Kaisers zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Die lange Tagesordnung der Sitzung erhielt zunächst eine Vorlage, durch die auch die Hypothekenschuldbanken unter Reichsaufsicht gestellt werden sollen. Mit einer fetteren Genehmigung wurde die Vorlage in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso ein Gesetz über Verträgen und Ermäßigungen gewisser Handelsverträge von der Steuerpflicht. Dann beantragte der Reichstagsrat, daß die Reichsleitung die Verantwortung für die Verhandlung mit dem Kaisertraget betraut. Im übrigen wurde die Sache ganz ohne Verantwortung der Finanzen aufzubringen. Das Echo „Helfferich“ schaltete ihm auf diese Behauptung hin die Zustimmung aus der Mehrheit entgegen. Abg. Dandberg von den Unabhängigen Sozialisten hielt die Dinge bereits für reif zur Entscheidung in der Volksversammlung und, wie es oft immer bei ihm der Fall ist, in einer mündlichen politischen Frage äußerte seine und äußerte Rechte zusammen gegen die Mehrheit. Der sozialdemokratische Abg. Geyer schob unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit die Schuld für die verfahrenen Verhältnisse auf die Vaterlandspartei und ihre Freunde und kündigte radikalste Klärung der unpolitischen Lage im nächsten Abm. Werra an, von der Deutschen Fraktion dem Grafen Westarp zu Hilfe gekommen und dieser selbst Herrn Helfferich für sein Auftreten in der Sonnabendung eine gute Beurteilung der Konversation ausgesprochen hatte, beschloß das Haus die Resolution an demselben Tag. Die Nationalliberalen stimmten ebenfalls für die Resolution. Die Tagesordnung enthält neben der Fortleitung der Sonnabenddebatte den Nachttraget für den Reichstagsrat, die große Ansprache über die auswärtige Politik, die Antwort und den Berichterstattungsbau, sowie Interpellationen über den Mittelstand und das Vereins- und Versammlungsrecht.

Zentralauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei.

Die Verhandlungen des Zentralauschusses wurden am Sonnabend abend in der letzten Stunde vertagt, nachdem sich an der Aussprache über das Verbot des Grafen von Friedlandstage nach Graf v. Ullrich e. Werra und Friedrich Rammann beteiligt hatten.

Am Sonntag früh 10 Uhr wurde die Aussprache fortgesetzt. Nach Erben der Herren Dr. Heiberg-Weesack, Ged-Dresden, Erben-Verlin, Dr. Dernburg, Abg. Waldstein, Abg. Dr. Müller-Meinungen, Dr. Böhmer-Bremen, Abg. Gafel, Bahre-Landberg, Abg. Dr. Seifner, Hammer-Schmidt-Rothbus fasste der Zentralauschuß das Ergebnis der Aussprache zusammen in einer Resolution. Abg. Seifner, die mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde.

Der Zentralauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt seine Zustimmung zur Haltung des parlamentarischen Vertretung der Partei, obwohl der Bereitstellung aller Reagemittel wie bei Anbahnung und Unterstützung der deutschen Bestimmungen um einen Verständigungsfrieden, das das Ende des blutigen Ringens und eine Neugestaltung des Völkerebens bringen soll. Insbesondere billigt der Zentralauschuß die im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung beschlossene Reichstagsresolution vom 19. Juli. Er weist die Unterstellung zurück, daß damit dem deutschen Volk ein einseitiger Verzicht zugunsten seiner Feinde angenommen würde. Lehnen die Gegner eine Verständigung auf dem Boden der Gegenseitigkeit ab, so wird das ganze deutsche Volk wie ein Mann mit weitester Einigkeit aller Kräfte für Freiheit und Zukunft Deutschlands und seiner Bundesgenossen kämpfen in gerechtem Zorn über die Ursache und Verhängnisvoller Folgen.

Namheer befragte Abg. Dr. Wilmers über das Verhältnis der Fortschrittlichen Volkspartei zur

Deutschen Vaterlandspartei und über die damit im Zusammenhang stehenden parteipolitischen Fragen. Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei riefte sich in erster Linie gegen eine Wehrfälligkeit im Reichstag. Diese Wehrfälligkeit sei ein unvollständiges Voraussetzen für weitere Fortschrittlichkeit in der inneren Politik, für eine Neuordnung der politischen Dinge, sowohl im Reich wie in Preußen. Schon bezeichnend der Redner die Tatsache, daß die Vaterlandspartei entgegen ihren Worten die Unmöglichkeit im deutschen

Reiche Minder, daß sie die Gleichberechtigung verleihe, daß sie die Mehrheitsparteien beschimpfe und verleumde. Unter großer Entrüstung der Anwesenden verlas Dr. Wiemer Stellen aus einer Zuschrift, in der unerschütterlich der Reichstagsmehrheit vorgeworfen wird, sie habe sich von England durch Geld bestechen lassen. Gegen diese Vermutung der Volksseele mußte energig Stellung genommen werden. Das wesentlichste aber sei, daß die Deutsche Vaterlandspartei, deren Name allein schon eine Beleidigung der anderen Parteien sei, letzten Endes reaktionären Zwecken diene, da sie die innerpolitischen Reformen, die unter allen Umständen noch vor dem Friedensschluß herbeizuführen werden müssen, bis nach demselben und damit auf unvorstellbare Zeit verschoben wissen wollte. Im Anschluß daran erwähnt Redner, daß der Reichstagsmehrheit liberaler Arbeiter und Angestellten, wie solchen in einer Entschuldigend des Hauptvorwurfs festgestellt worden sei — mit nur einer einzigen Ausnahme — rüchhaltlos die Haltung der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei zur Friedensfrage billigt. Reichstag geht Dr. Wiemer auf die Besuche ein, innerhalb der Partei eine Opposition gegen die Fraktionspolitik zu organisieren, und merkt bei dem Redner gegen das agitatorische Auftreten des Abg. Traub, der gemeinlich mit Parteigegegnern öffentlich die Politik der Reichstagsmehrheit bekämpft habe. Es liege der Partei völlig fern, Regierbarkeit zu treiben, sie könne aber verlangen, daß die Parteigegegnern und insbesondere fortschrittliche Abgeordnete, nicht gegen die Partei öffentlich agitieren im Sinne mit ausgesprochenen Gegnern.

In der Rede sprachen nach dem Wort die Herren Bergmann-Chalottenburg, Abg. Giesing, Hermann-Brechen, Abg. Traub, Abg. Werner-Franckfurt a. O., Abg. Sieber, Abg. Schwelke, Abg. Friedrich Naumann. Der Zentralausschuß nahm hierauf eine vom Abg. Dr. Wiemer vorgelegene Resolution gegen eine Stimme an:

„Der Zentralausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterfertigung der „Deutschen Vaterlandspartei“ fernhalten, weil ihr Auftreten die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innerpolitischer Reformen während des Krieges zu verhindern. Der Zentralausschuß erkennt das Recht auf Meinungsfreiheit innerhalb der Partei an, soweit nicht das Parteiprogramm eine Bindung der Auffassung enthält, mißbilligt aber auf das entschiedenste, wenn Mitglieder der Partei wegen einer abweichenden Meinung eine öffentliche Agitation gegen die Parteimehrheit, zumal mit Unterfertigung von Parteigegegnern, betreiben. Die agitatorische Tätigkeit eines Abgeordneten der Partei gegen die Haltung der parlamentarischen Parteiführung erachtet der Zentralausschuß als nicht verträglich mit den Pflichten, die aus der Parteizugehörigkeit zu wachsen.“

Reichstags 3 Uhr unterbroch der Zentralausschuß die Verhandlungen. Nach einem gemeinsamen Mittagsessen im Speiseaal des Reichstags, wurden um 5 Uhr die Verhandlungen wieder aufgenommen mit einem Referat des Abg. von Bayer über die inneren politischen Aufgaben. Der Redner ging auf die innerpolitischen Bedürfnisse und die Möglichkeit ihrer Befriedigung im einzelnen ein und kam etwa zu folgendem Ergebnis: Die weitere Reform unserer staatsrechtlichen Einrichtungen in fortschrittlichem Sinne dürfte nicht bis nach dem Kriege aufgeschoben werden. Amzögste sei deren Durchführung Voraussetzung eines erfolgloseren Durchhaltens und eines guten Friedens. Die Reform müsse sich aber zur Zeit auf das wichtigste und notwendigste beschränken. Dazu gehöre vor allem die Einführung des Reichstagswahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus und die Vernehmung der überzogen gewordenen Reichstagsausfreie. Diese Reformen seien Kern der Tätigkeit der Partei im Innern und bedeuten für Deutschland einen ungeheuren Fortschritt. Die fortschrittliche Volkspartei werde nichts verlernen, um deren reiflose Durchführung herbeizuführen. Erforderlich sei weiter eine wesentlich verstärkte Einwirkung der Volkserrettung bei Vorbereitung und Durchführung der Gesetzgebung und bei den wichtigsten Verwaltungsmassnahmen. Das Volk müsse dagegen geschützt sein, daß die wichtigsten Regierungsposten mit Männern besetzt werden können, die die Volkserrettung nicht ferne und zu denen sie kein Vertrauen habe. Über die Art der Durchführung dieser Reformen im Wege der Gesetzgebung und Praxis bestehen noch Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten, die erst während des Krieges nicht als zum Austrag gebracht werden können. Verlangt aber müsse werden, daß die Regierung dafür Sorge, daß in die obersten Regierungsstellen niemand berufen könne, dem nicht das Vertrauen der Volkserrettung zur Seite stehe, daß die Anschauungen der Parteien, auf deren Mitwirkung die Regierung angewiesen ist, überredet, auch innerhalb der Regierung selbst durch Verhängung von Anzeichen der bevorstehenden Verhandlungen über Frieden und Übergangsfristigkeit Vertrauensmänner des Reichstags Gelegenheit zur Mitwirkung bei allen wichtigeren Entscheidungen von deren Vorbereitung ab bis zu ihrer endlichen Durchführung gegeben werden.

Wenn man dieses Referat lasch sich eine rege Ausprache an, die ihren Abschluß fand in der Annahme folgender Resolution: **Rebelung-Kranzen-Gummel-Brand-Gondernann:** „Je länger der Krieg mit seinen ungeheuren Opfern für das Volk dauert, um so höher müssen die notwendigen innerpolitischen Reformen verwirklicht werden. Die Wahlfriedensänderung in Preußen wie die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten in den übertrag gewordenen Reichstagswahlkreisen sind ohne Bezug durchzuführen. Das planmäßige Zusammenwirken von Regierung und Volkserrettung ist nachdrücklich zu fördern unter Vereinfachung der Bestimmungen, die der Herstellung eines organischen Zusammenhanges zwischen den Regierungen und den Parlamenten entgegenstehen. Jeden Versuch einer Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten der Nation weist der Zentralausschuß auf das schärfste zurück. Er bekämpft aber auch jeden Versuch, solche Übergriffe des Auslandes als Vorwand für die Verschleppung von Reformen auszuwählen. Der Zentralausschuß ersucht die parlamentarische Vertretung der Partei ihre gesammelte politische Politik mit Entschlossenheit fortzuführen.“

Am Schluß erklärte Abg. Gotthein Bericht über sein Referat infolge eines E-Zerturn untergefallen ist, er hat nicht an einer Verlesung und Abfertigung, sondern einer Verlesung über die Rüstungsausgaben nicht als eine heilige Abfertigung vertreten, sondern einen Standpunkt der Partei: Eine interimsweise, unabhängig über die Rüstungsausgaben herbeizuführen.

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner in Merseburg. Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner in Merseburg. Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Waisen.
Soll die Aufnahmen der Anzeigen einbestellen mit vorgeschriebenen Zeichen der Eigenen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die Aufmerksamkeiten zu unserer
Silber Hochzeit
herzlichen Dank
Heinrich Schmidt und Frau.

Städtische Milchstelle
Burgstraße 16.
Die Ausgabe der Milch an die Versorgungsberechtigten erfolgt bis auf weiteres täglich in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags.
Merseburg, den 8. Okt. 1917.
Das städtische Gesundheitsamt.
L. A. H. 242/17.

Gutgehendes Materialwaren-Geschäft
in Weissenfels zu verkaufen.
Woll. Str. unter A K an die Geschwister des „Weissenfelser Tageblattes“.

Einen runden Tisch,
fast neu poliert, verkauft
Barwert Nr. 9.

Mittleres Pferd
zu verkaufen Zieler Keller 1.
Wegen Mangel an Raum gebe ich von meiner diesjährigen Bucher oder Kanarien schon jetzt solche preiswert ab Saalstr. 8 H r.
Ein Haarer fast neuer 450.
Reiterwagen,
best. ein 450. Güterwagen zu verkaufen Gartenstr. 11.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden, aber dennoch unerwartet unser sonniges, herziges Töchterchen und innig geliebtes Schwesterchen
Erika
im 7. Lebensjahre.
Merseburg, den 8. Oktober 1917.
Max Günther.
Aenne Günther geb. Felner.
Hans-Joachim Günther.
Ernst-Eberhard Günther.
Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Naumburger Str. 85 aus statt.

Dank.
Zwückgekehrt vom Grabe unserer so teuren Entschlafenen ist es mir Herzensbedürfnis, allen denen, welche mir während ihrer Krankheit in so vielen Beziehungen hilfsreich zur Seite standen und ihr so viele Aufmerksamkeiten erwiesen haben ferner allen denen, die ihren Sarg so reich mit Kranzen schmückten, ebenso für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Der liebe Gott möge allen es reichlich vergelten.
Merseburg, den 9. Oktober 1917.
Robert Gryschek.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen, meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegersonnes, Bruders, Schwagers und Onkels sagen wir unseren herzlichsten Dank. Vor allem aber Herrn Pastor Schön für das Geleit und die trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Kantor Fritzsche und der lieben Schuljugend für den feierlich n Gesang, auch seinen lieben Herren Vorgesetzten, Kollegen und Mitarbeitern sowie allen Freunden und Bekannten für die herrlichen Blumenspenden und das letzte Geleit zur ewigen Ruhestätte. Das alles hat unseren Herzen wohl getan. Dir aber, lieber Entschlafener ruhen wir nach:
Du warst so gut und gibst an früh
Von allen Deinen Lieben fort,
Wer Dich gekannt, vergisst Dich nie
Auf jeder Stell, an jedem Ort,
Ruhe sanft!

Für die uns anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer guten, treusorgenden Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Schwägerin erwiesene Teilnahme sagen wir auf diesem Wege unsern tiefen pfundenen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Heinicke für die wohlthuenden und trostreichen Worte im Hause und am Grabe, sowie Herrn Kantor Max mit seiner Schuljugend für die erhebenden Gesänge und endlich Dank allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihr das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben. Dies alles hat unseren wunden Herzen buserst wohlgetan und unseren Schmerz lindern helfen.
Zöschchen, den 8. Oktober 1917.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Louis Frenkel senior.

Korbisdorf, den 6. Oktober 1917.
Marie verw. Ebest nebst Kindern und allen Angehörigen.

Die Beerdigung unserer guten Mutter, Grossmutter und Urgrossmutter
Hermine Kradel
findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Friedrichstrasse 13 aus statt.

Ausgabe von Butter und Butterschmalz.

Am **Sonntag den 13. Oktober 1917** wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken

Butter und Butterschmalz

ausgegeben.
Es werden zugeteilt:
auf jede Fettmarke 30 gr Butter und 20 gr Butterschmalz zum Preise von zusammen 35 Pf.
auf jede Zuliefermarke 40 gr Butter zum Preise von 25 Pf.
Im übrigen bleibt es bei dem bisher bekannten Verträgen.
Die Marken müssen zur Regelung des Verkehrs bis **spätestens Donnerstag** an die Verkaufsstellen abgeliefert werden.
Merseburg, den 8. Oktober 1917. L. A. II 2461/17.
Das städtische Lebensmittelamt.

Grüdwurst.

Am **Mittwoch den 10. Oktober 1917**, nachmittags 4 bis 7 1/2 Uhr.
wird an die Merseburger Einwohner auf Marke Nr. 24 bezw. 25 der Grüdwurstkarte
1/2 Pfund Grüdwurst zum Preise von 50 Pfennig abgegeben.
Zur Regelung des Verkehrs geschieht die Ausgabe in nachstehender Reihenfolge:

im **Laden Burgstraße Nr. 16** für die Inhaber der Grüdwurstkarten Nr. 7801 bis 8100 der Marke Nr. 24 und ausserdem Nr. 1 bis 500 der Marke Nr. 25

im **Laden An der Geisel Nr. 7** für die Inhaber der Grüdwurstkarten Nr. 501-1300 der Marke Nr. 25. Im übrigen bleibt es bei dem bekannten Verfahren.
Für schwerere Bewirtschaftung des Verkehrs wird erlaubt, das Geld (50 Pfennig für 1/2 Pfund Grüdwurst) abgezählt bereit zu halten.
Merseburg, den 9. Oktober 1917. L. A. I 498/17.
Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Seringen am Sonntag den 13. Oktober 1917

in allen Lebensmittelgeschäften und zwar: an die Inhaber der Lebensmittelkarte Nr. 4600-7800 je 1 Sering 7,01-10000 für je angefangene 2 Haushaltsmaßstäbe 1 Sering (also 5 und 6 Personen = 2 Seringen = 4 Seringen usw.)
Verkaufspreis 55 Pfennig für das Stück.

Abgabe des Bezugscheins Nr. 27 bis Mittwoch den 10. Oktober 1917, abends 8 Uhr.

Einreichung der Forderungsscheine bis spätestens Donnerstag den 11. Oktober 1917, mittags 12 Uhr an die städtische Lebensmittelverteilungsstelle Gr. Ritterstr. 5.

Verkaufsbericht mit Quittungsabschnitten am Montag den 15. Oktober 1917, vormittags
Merseburg, den 9. Oktober 1917. L. A. II 2469/17.
Das städtische Lebensmittelamt.

Rohfleisch- und Fleischwarenverkauf

findet am **10. Oktober 1917** bei **Randert, Delgrabe 5** nachmittags von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1401-1500 statt. Die Gegenstände werden zu dem Preis von 1501-1600 verkauft.
Ein Anmarsch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.
Merseburg, den 9. Oktober 1917. L. A. I 487/17.
Das städtische Lebensmittelamt.

Städtische Sparkasse Merseburg.

7. Kriegsanleihe.

Ausgabe von Anteilsscheinen zu 10 und 50 Mk. Die Anteilsscheine werden vom 1. Oktober 1917 ab bis zum Ablauf des Jahres, in welchem Frieðensschluß erzielt, mit 5 Prozent verzinst und nach Friedensschluß zurückgezahlt, in besonderen Fällen auch früher.

Zeichnungen werden bis **Donnerstag den 18. Oktober** cr., mittags 1 Uhr, entgegen genommen.
Merseburg, den 28. September 1917.

Der Vorstand der städtischen Sparkasse. E. Lieke, Schriftf.

Bekanntmachung, betreffend

freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen.
Durch Verordnung des stellvertretenden General-Kommandos 2. Armee-Korps vom 2. Oktober cr. ist die Frist zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände

aus Kupfer u. Kupferlegierungen bis zum 31. Okt. d. S. verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die erhöhten Preise und ein Zuschlag von 1 Mk. pro kg gewährt.
Die Gegenstände können in der Zeit von 9-12 Uhr vorm. in der unten angegebenen Stelle abgeliefert werden.
Merseburg, den 8. Oktober 1917.

Die Kreisammittelstelle Firma **Liebmann, Merseburg, Untenplan 6.**

Bekanntmachung.

Tagesordnung

für die Sitzung des Zweckerbandes Benno am 12. Oktober 1917, nachmittags 4 Uhr, im Benno Werke, Bau II 26a, Zimmer 45; Besondere Aufnahmen für die Steuererhebung 1918.
Benno Werke, den 8. Oktober 1917
Der Vorsitzende des Zweckerbandes Benno, **Pöller.**

Bitte meine geehrte Kundschaft um sofortige Abgabe der Bezugscheine, da ich mit den Lieferungen begonnen habe.

Fr. Freygang, Telephon 424, Große Ritterstr. 7.

Funkenburg.

Mittwoch den 10. Oktober, abends 7-8 Uhr,
vaterländische Kundgebung zum Besten der 7. Kriegsanleihe.

Konzert der Jäger-Kapelle Naumburg (Leitung Feldwebel Thiele)

Ansprache über das Thema „Die Forderungen des Tages“ von einem Angehörigen des Jäger-Err.-Btl. Nr. 4

Theater „Aus Ostpreussens Schreckenstagen“
Schauspiel in einem Aufzuge von Betuge ausgeführt von ersten Künstlern, jetzigen Angehörigen des Jäger-Ersatz-Bataillons Nr. 4, Naumburg.
Eintritt 1 Mk. Militär 50 Pfg.
Otto Trautwein.

eine jüngere Kontoristin

mit guter Handschrift, Stenographie und Schreibmaschine er. wünscht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Z Z 103 an die Expedition dieses Blattes.

Eine Erstlings- und zweite starke kleine Handwagen und ein Kleiderwagen sind zu verkaufen. **Dirschau Nr. 11**

Eine dreistöckige Wiener Blechharmonika und eine Kinderbettstelle stehen billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Ziege, wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zwei indische Laufenten (Erpel), zur Jagd geeignet, zu verkaufen. **Dirschau Nr. 12**

Ranonenosen mit Zubehör zu verkaufen. **Kunze Nr. 5, 1. Et.**

Gebrauchtes, gut erhaltenes **Cofa u. Kleiderschrank** zu kaufen gesucht. Offerten unter E an die Exped. d. Bl.

Registrierkassen
Kotalodderer National gesucht, Nummern u. Preis erbeten unter J N 1277 an die Exped. d. Bl.

Schlafstelle frei. **Stutenbent. 17**

Schlafstelle offen für 16 Personen. **St. 16**

2 bessere Schlafstellen sofort zu vermieten. **Stutenbent. 3**

Halbe Etage (1. Stock) nahe der Bahn, 3 Zimmer, Küche usw., Koch- u. Klosett, vom 15. November ab für 350 Mk. zu vermieten.

Halbe Etage (2. Stock), 4 Zimmer, Küche, Speisekammer, Kaminofen, Koch- u. Klosett, vom 1. Januar an, schon 1. Dez. für 400 Mk. zu vermieten.

Otto Graul, Ammendorf, Schwabstr. 40

Freundl. Stube mit 2 Betten anständig, Herren zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Schlafstelle frei (Küche) Nr. 14.

Möbliertes Zimmer zu mieten gesucht. Angebote nach dem 10. Okt. erbeten.

Gut möbl. Zimmer gesucht. Nähe Schillerstr. Bitte, Abend früh erl. Angeb. v. 400 Pfg. an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer gesucht. Offerten unter K L 7 an die Exped. d. Bl.

Hundekuchen **St. 16**

Hundekuchen **St. 16**

Hundekuchen **St. 16**

Pfeffer, ganz u. gemahlen, Neugewürz, ganz u. gem., Kümmel und Nelken empfohlen.

Emil Weidling, Tel. 469, Obere Breite Str. 19

Alle Sorten Hüte u. Felle

Lauf **Karl Winzer, Gottsdorffstr. 22**

Garbid-Verbraucher auf solche, die schon in die Runderlöcher eingetaucht sind, benötigen sofort von mir kostenlos einen **Vordruck**, welcher am 19. 10. abgeliefert sein muß.
Max Schneider, Schwabe Str. 14

Vereln Kinderschutz Merseburg.

Die Gesundheitskommission findet statt **Mittwoch den 17. Oktober**, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal der Rgl. General-Kommission, wozu freundlichst einladet der Vorstand.

Gäste willkommen.

Wer leiht 3000 Mark gegen gute Verzinsung? Off. unter A R 200 an die Exped. d. Bl.

Älteres Fräulein, das mögl. schon im Vordruck tätig war, für Schreibmaschine und sonstige Arbeiten für **Büro nach den Leinwandwerken** gesucht. Off. m. G. H. 103 an die Exped. d. Bl.

Kind in gute Pflege zu geben. **Frieda Faber, St. 11, Str. 44**

Sie mein Kolonialwaren-Geldstück (siehe per sofort sowie Oktober 1918 ehen)

Lehrling mit guten Schulkenntnissen. **Walther Bergmann, Groß-Kaffe-Rücherei.**

Größerer Schullange

zu einige Hausarbeiten gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Leute zum Rübenroden

gesucht. **Oberer Breite Str. 5.**
Ein im Handbau erprobtes Mädchen, Mitte der 20er J., sucht Stellung als

Wirtschafterin.
Geht. Offerten erbeten. **M F 1** an die Exped. d. Bl.

Suche sofort bei hohem Lohn ein tücht. erprobtes Mädchen für einen Hauspost von 2 Bet., welche schon in besserem Hause gebildet hat und eine Frau in die best. Frau A. Wernecke, **St. 16, Str. 46.**

Junges als Aufwartung **W. 16** sofort gesucht. **Dürbeck, Hallesche Str. 26.**

Saubere, eheliche Aufwartung oder Mädchen zu sofort gesucht. **Mart 31, 2 Tr.**

Junges Mädchen als Aufwartung für leichte Hausarbeit von 8-12 Uhr gesucht. **St. 16, Str. 46.**

Verloren von jungem Herrn am Sonntagabend ein Portemonnaie mit 40 Mk. Inhalt von Oberburgstr. bis **Demnitzstr.** Gegen Belohnung abzugeben. **St. 16, Str. 46.**

Ein vordruckiger Pfeffer und salzsaure Bänder am **Mittwoch** bei Merseburg abgeben bekommen. Abgabe gegen Belohnung bezw. Mitteilung an **Major Weigel, Weihenfeld, Gr. Deichstr. 2.**

Siege eine Heilung.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirthl. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Botenzeitung — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einpolstige Zeitschrift oder deren Raum 25 Pf. im Restameteil 50 Pf., Castroneigenen und Nachmeldungen 20 Pf. mehr. Platzanweisung ohne Verbindlichkeit. Beginn der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.
—: Geschäftsstelle: Deutzen 9. —:

Nr. 237

Mittwoch den 10. Oktober 1917

44. Jahrg.

Der Reichskanzler im Hauptauschuß.

Aufklärung.

Es gibt gewiß Leute, die es selbst finden werden, daß wir in die Gefahr einer schweren politischen Krise gekommen sind, weil das deutsche Volk vor einer Aufklärung geschützt werden soll, von der die sie Betreffenden behaupten, daß sie notwendig sei, wenn Deutschland nicht untergehen solle. Für gewöhnlich stehen die Aufklärer hoch im Kurs, und es muß schon gute Gründe haben, wenn ein modernes Parlament sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche Aufklärung und zugleich gegen die Regierung, die im Verdacht steht, dieser Aufklärung Vorspann zu leisten, wendet. Man begrüßt aber das Vorgehen der Reichstagsmehrheit sofort, wenn man sich erinnert, daß das Verlangen nach Aufklärung zuerst von Mäthern wie die „Deutsche Tageszeitung“ propagiert worden ist, und daß solche Aufklärung sogar als die Voraussetzung einer neu auszuführenden Reichstagswahl, durch die die jetzige Mehrheit beseitigt werden sollte, begriffen worden ist. Es war eben von vornherein klar, daß der schöne und edle Begriff der Aufklärung für eine ganz bestimmte Agitation, nämlich für die Agitation der Mäthern und ihres Anhangs gegen die Reichstagsmehrheit und damit zugleich gegen die Reichsregierung, herbeigeführt wurde. Das Parlament hätte Selbstmord begangen, wenn es nicht rechtzeitig diesen Untrieben einen gehörigen Riegel vorgeschoben hätte. Daß es dabei zu einer Krise innerhalb der Regierung gekommen ist, oder wenigstens beinahe gekommen ist, unterliegt zum mindesten ein wenig dem Verdacht, daß innerhalb die eine oder die andere Partei...



7. Oktober: Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.

Gleichzeitig melbet das französische Depeschebureau aus Lima vom gleichen Tage: Der Kongreß von Peru beschloß mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der hiesigen peruanischen Gesandtschaft, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um seine Ablösung gebeten.

Die Kämpfe an der Westfront.

Feuertempst in Flandern.

Der deutsche Abendbericht besagt: Im Westen nur an der flandrischen Front Feuertempst wechselnder Stärke.

Von anderer Seite wird gemeldet: Mit allen Mitteln und unter blutigem Einsatz neuer Truppen versuchen die Engländer, sich auf der Höhenlinie Jonnebete-Deelaere zu besetzen und ihren Geländegewinn zu erweitern. In der vergangenen Nacht gelang es englischer Infanterie, bei Jonnebete in unsere Stellung einzuziehen. Im Restempst wurde der Feind noch in der Nacht wieder hinausgeworfen. Gewaltsame Erdbeben, welche die Engländer zwischen Poelkapelle und Langemarck unternahm, wurden abgeblasen. Der Feind besetzte unsere Stellungen am Houthouster Walde und bei Wangelare dauernd mit schwerer Feuer. Dieses steigerte sich von 3 bis 4 Uhr zwischen Langemarck und Ghelwelt zu starkem Trommelfeuer. Die tief gestaffelte englische Infanterie, die um 5 Uhr bei Langemarck zum Angriff vorging, erreichte ihr Angriffsziel nicht. Sie erlitt in dem reichhaltig überwältigend zusammengefaßten deutschen Abwehrfeuer. Ein starker Angriff bei Poelkapelle wurde abgewiesen. Vorberbeitendes starkes Feuer weiter auf den Mitteln Jonnebete-Deelaere-Ghelwelt, wo auch Infanteriekämpfe im Gange sind. Wäher hat der Feind einen Fortschritt nirgends erzielen können.

Im englischen Heeresbericht heißt es: Das Wetter war hübnich, schwerer Regen fiel den ganzen Tag über. Der Feind verlor sich häufig vom Feind im Zwischenland zurück zu ziehen, der Angriff wurde jedoch durch unser Artillerie, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gebrochen. Bei Einbruch der Dunkelheit heute Abend trat der Feind in schwerer Artillerieperspektive auf den größeren Teil unserer Front zwischen Broodbeinde und Hollebeke, doch folgte keine Infanterieunternehmung. Die Artilleriefähigkeit war heute an der Kampffront auf beiden Seiten beträchtlich.

Unsere Beute vom Juli bis September.

Die deutsche Heeresleitung gibt die genaue Zahl der an der Westfront gemachten Gefangenen und der eingebrachten Beute für die Monate Juli bis September bekannt, aus denen klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz der Defensivtaktik an dieser Front sehr große Erfolge erzielt hat. In der genannten Zeit wurden von den Heeresgruppen Kronprinz Ruprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 237 Offiziere und 13 512 Mann als Gefangene eingebracht; 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der Krieg mit Italien.

Der neue Isonzo-Kämpfe?

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht meldet: Am Isonzo lebte an zahlreichen Stellen das Artilleriefeuer härter auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Vainizza Hellengeis. Zu Infanteriekämpfen kam es nur in Gabelale-Abchnitt, wo um Mitteln italienische Vorstöße abgewiesen wurden. Somit nirgends besondere Ereignisse.

Vom Seekriege.

Das deutsche Unterseeboot „U. B. 49“, das am 9. September im Hafen von Genua mit Seanzug eingelaufen war, ist nach einer heftigen Kollision mit „Mardir“, in der vergangenen Nacht entkommen. Der Ministerpräsident hat alle hohen Armes- und Marineoffiziere, die hierfür verantwortlich sind, entlassen.

Die Wirkung unserer U-Boote.

Nach der englischen Zeitung „Scotsman“ erreichte der Schiffahrtsverkehr im Suezkanal im ersten Halbjahr 1917 die Höhe von 4 275 000 Tonnen. Wenn wir diese Lonnengahl mit derjenigen des ersten Halbjahres 1914 vergleichen die sich auf 10 345 676 Tonnen belief, so haben wir einen deutlichen Beweis für die einschneidende Wirkung unserer U-Boottreiege.

Der türkische Krieg

Wieder englischer Siegesgeschwindel?

Aus Konstantinopel wird gemeldet: In ihrem Bericht vom 1. Oktober geben die Engländer an, einen Sieges bei Amadia am Euphrat erzwungen zu haben. Wenn die Angabe auf Wahrheit beruhte, dürfte der Feind nicht seine Truppen vom Euphrat nach Bagdad zurückziehen, er müßte vielmehr vorgehen. In Wirklichkeit ist die Engländer ihre Hauptmacht in Richtung Bagdad zurück.

Die Lage in Rußland.

Rußland zur Republik erklärt.

Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit: Folgende Gesetzentwürfe sind veröffentlicht worden: 1. Ein Entwurf, der Rußland zur Republik erklärt. 2. Ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Landtag unterzogen werden. Der zweite Entwurf wird über die Genehmigung der verfassungsgemäßen Versammlung Rußlands unterworfen werden. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Die allgemeine Dienstpflicht wird im ganzen Lande eingeführt. Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eigene Verfassung, eigene Regierung und unabhängige, gesetzgebende und vollziehende Gewalten.

Parlamentarisches.

Die Verhandlungen im Hauptauschuß

Der Hauptauschuß des Reichstages trat Montag mittig zusammen. Der Reichskanzler, der am Sonnabend abend nach dem Großen Hauptquartier gereist und inzwischen zurückgekehrt war, nahm zugleich das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist kluge darüber erhoben worden, daß von Seiten der Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken, wobei ich hinzufügen, daß für die persönlichen Beamten dieselben Grundfälle gelten.

Für alle Beamten gilt politische Gefangenschaft. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern er nicht den Bestand der Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgen. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamten selbstverständlich zurüchhaltung aufzuwerfen, damit nicht beim Publikum das Vorurteil in ihre Anparietätlichkeit verfestigt wird. Ein Beamter darf die öffentlichen Stellen nach der Richtung der Partei, die ihm nachgeordneten Stellen zumal oder vornehmlich zugunsten einer bestimmten politischen Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich möchte nicht, daß von Seiten der Vorgesehten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Diese Grundfälle gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundfällen abgesehen werden, so kann ich nur anbestimmen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Instanz überbracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundfälle zu überwachen.

Der Weltkrieg.

Zur Friedensfrage.

„Secolo“ weis aus Rom zu berichten, daß in der Consulta am Donnerstag ein offizieller Vermittlungsantrag des Papstes eingegangen sei. Die „Secolo“-Meldung bedarf trotz ihrer positiven Form der Bestätigung.

Zwei neue Feinde

sind uns entstanden. Wie uns eine Privattelegramm meldet, berichtet die „Agence Havas“ aus Montevideo vom